

Ministerpräsident

Dr. Dietmar Woidke

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Potsdam, 26.02.2026

Offener Brief: Gleichstellung sichtbar und verbindlich machen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in Zeiten politischer Neuorientierung werden Weichen gestellt. Die aktuellen Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU entscheiden nicht nur über Zuständigkeiten und Ressorts – sie entscheiden über politische Prioritäten und über die Frage, welche Themen in den kommenden Jahren sichtbar, verbindlich und gestaltbar sein werden.

Im Namen des **Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V. (FPR)** und aller seiner Mitgliedsverbände wenden wir uns mit einer klaren und unmissverständlichen Erwartung an Sie:

Gleichstellungspolitik muss im Koalitionsvertrag ausdrücklich benannt werden – und sie muss sich auch im Zuschnitt und im Namen des zuständigen Ministeriums wiederfinden.

1. Gleichstellung ist kein Randthema – sie ist Grundlage unserer Demokratie

Gleichstellungspolitik ist kein Spezialinteresse, kein „Unterthema“ des Sozialen und kein freiwilliger Zusatz. Sie ist eine demokratische Verpflichtung im Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes sowie in der Landesverfassung Brandenburgs im Artikel 12, Absatz 3 festgeschrieben und für die Landespolitik verpflichtend.

Eine Demokratie, in der strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern fortbestehen, ist keine voll verwirklichte Demokratie. Wer Gleichstellung nicht ausdrücklich benennt, läuft Gefahr, sie politisch nachrangig zu behandeln.

Was im Koalitionsvertrag nicht vorkommt, wird in der politischen Praxis schnell zur Verhandlungsmasse. Was im Titel eines Ministeriums nicht erscheint, verschwindet allzu leicht aus dem Fokus.

FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG E.V.
ALTER MARKT 6
14467 POTSDAM

MAIL KONTAKT@FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE
FON 0331 – 280 35 81
WWW.FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE

VEREINSREGISTER
AMTSGERICHT POTSDAM
STEUER-NUMMER 046/140/04768

GESCHÄFTS- UND SPENDENKONTO
IBAN DE24 1605 0000 3502 2394 43

2. Sichtbarkeit schafft Verbindlichkeit

Wir fordern daher ausdrücklich:

Das bisherige MGS muss in ein „Ministerium für Gesundheit, Soziales, Familie und Gleichstellung“ umbenannt werden.

Die Begründung ist klar:

- Wenn Gleichstellung weder im Namen des Ministeriums noch im Koalitionsvertrag auftaucht, fehlt jede belastbare Referenz.
- Politische Akteur*innen, Verbände und Zivilgesellschaft haben dann keine klare Grundlage, auf die sie sich berufen können.
- Sollte eine künftige Hausleitung Schwerpunkte einseitig verschieben, wird es deutlich schwieriger, auf die ursprüngliche politische Vereinbarung zu verweisen.

Gerade in einem Koalitionsvertrag, der – wie uns bereits signalisiert wurde – in vielen Bereichen sehr knapp ausfallen soll, ist jedes Wort politisch bedeutsam. Wenn unsere Themen in dieser Knappheit nicht ausdrücklich genannt werden, ist das kein Zufall, sondern eine Prioritätensetzung.

3. „Soziales“ ersetzt keine Gleichstellungspolitik

Es ist weder fachlich noch politisch ausreichend, Frauen-, Familien- und Gleichstellungspolitik unter dem Oberbegriff „Soziales“ mitlaufen zu lassen.

Nicht alle – insbesondere nicht neu Verantwortliche – abstrahieren selbstverständlich, dass Gleichstellung im Sozialressort „mitgemeint“ sei. Und selbst wenn: „Mitgemeint“ ist nicht dasselbe wie politisch gewollt, priorisiert und abgesichert.

Gleichstellung braucht:

- klare Zuständigkeit
- klare Benennung
- klare politische Rückendeckung

Alles andere schwächt die strukturelle Verankerung eines Politikfeldes, das ohnehin kontinuierlich um Aufmerksamkeit ringen muss.

4. Brandenburg braucht Fortschritt – keine Verwaltung des Status quo

Wenn Gleichstellung weder im Koalitionsvertrag noch im Ministeriumsnamen sichtbar ist, müssen wir davon ausgehen, dass in den kommenden Jahren keine großen Fortschritte zu erwarten sind.

FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG E.V.
ALTER MARKT 6
14467 POTSDAM

MAIL KONTAKT@FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE
FON 0331 – 280 35 81
WWW.FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE

VEREINSREGISTER
AMTSGERICHT POTSDAM
STEUER-NUMMER 046/140/04768

GESCHÄFTS- UND SPENDENKONTO
IBAN DE24 1605 0000 3502 2394 43

Das wäre ein fatales Signal:

- an Frauen im Land,
- an Gleichstellungsbeauftragte,
- an Verbände und Initiativen,
- an junge Menschen, die eine moderne und gerechte Gesellschaft erwarten.

Brandenburg kann es sich demokratiepolitisch nicht leisten, hier auf Sichtbarkeit und Verbindlichkeit zu verzichten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Sie tragen in diesen Verhandlungen die zentrale Verantwortung für die politische Ausrichtung unseres Landes. Wir fordern Sie nachdrücklich auf:

- Verankern Sie Gleichstellungspolitik ausdrücklich im Koalitionsvertrag.
- Stellen Sie sicher, dass Gleichstellung sich im Namen und Zuschnitt des zuständigen Ministeriums wiederfindet.

Demokratie braucht Gleichstellung.
Und Gleichstellung braucht politische Sichtbarkeit.

Mit Nachdruck und in Erwartung einer klaren Entscheidung

Der Sprecherinnenrat des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V.

FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG E.V.
ALTER MARKT 6
14467 POTSDAM

MAIL KONTAKT@FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE
FON 0331 – 280 35 81
WWW.FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE

VEREINSREGISTER
AMTSGERICHT POTSDAM
STEUER-NUMMER 046/140/04768

GESCHÄFTS- UND SPENDENKONTO
IBAN DE24 1605 0000 3502 2394 43